

03. November 2021

**Antrag der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion  
zu den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses am 04.11.2021 und  
des Haupt- und Finanzausschusses am 18. November 2021**

**Fortführung der Jugendbotschaft**

Die Stadtverwaltung wird gebeten, im städtischen Haushalt für die Jahre 2022 und 2023 Mittel in Höhe von je 60.000 EUR für die Fortführung der Jugendbotschaft einzustellen. Die Mittel sollen dazu beitragen, dass sich das erfolgreiche Projekt weiter entwickeln kann und mehr politische Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Duisburg entstehen.

**Begründung:**

Im Rahmen eines Zukunftsprogramms für Duisburg bringt der Rat der Stadt Duisburg unter nach wie vor schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen wichtige Themen auf den Weg, die für die Zukunft unserer Stadt unabdingbar notwendig sind. Sie sollen nachhaltig wie auch wirtschaftlich wirken und eine gute Grundlage auch für künftige Generationen sein.

Sie bedeuten einerseits eine finanzielle Herausforderung, sind aber andererseits für eine fortschrittliche und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik bedeutsam, weil sich hierin alle Facetten des Zusammenlebens widerspiegeln.

Dies gilt für bildungspolitische Schwerpunkte ebenso wie für ökologische Aktivitäten zur Verringerung der Auswirkungen des Klimawandels, es trifft die Rahmenbedingungen für das Miteinander in den Stadtteilen gleichermaßen wie unsere Chancen, uns in unserer Stadt wohlfühlen. Gleichzeitig stellt es die Grundlagen für die Fortentwicklung unserer Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze auf dem Stadtgebiet zur Verfügung.

Die Mittel in Höhe von jährlich 60.000 EUR sollen dem Jugendring der Stadt Duisburg weiterhin zur Verfügung gestellt werden für die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Jugendbotschaft. Diese soll weiterhin zur Veranschaulichung der politischen Interessens- und Entscheidungsbildung auf kommunaler Ebene beitragen. Ziel ist es,



die politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Hierzu sollen die Kinder und Jugendlichen an die Bereiche „politische Bildung“, „Interessensvertretung“ sowie „Partizipation“ herangeführt werden. Nach zwei Jahren erfolgt eine erneute Evaluierung. Dann soll auch eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob das Projekt weiter fortgeführt wird. Falls über Spenden weitere Mittel zur Umsetzung des Projektes akquiriert werden können, verringert sich der städtische Ansatz entsprechend.

Aufgrund der guten Haushaltspolitik der vergangenen Jahre und entstandenen Spielräumen u.a. bei den Kassenkreditzinsen kann eine Kompensation erfolgen.

Weitere Begründung ggfls. mündlich.